

Asbestbelastung bei Brand im Industriehafen: DPoIG kritisiert erneut das Risikomanagement der Polizei

Nach dem Brand im Industriehafen und dem Bekanntwerden von Asbestfunden im Umkreis der Brandstelle hatte die Deutsche Polizeigewerkschaft ihre Bedenken hinsichtlich des Gesundheitsschutzes der Polizeibediensteten bekannt gemacht.

Nachdem nun bekannt wurde, dass die Tests der Feuerwehr eine Kontaminierung der gesamten Einsatzbekleidung und aller Fahrzeuge festgestellt wurde, kritisiert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Jörn Schulze, das Krisenmanagement der Polizei: „Unsere Forderungen nach einer Beprobung des Einsatzraumes waren offenbar richtig. Geschehen ist jedoch gar nichts, weil man sich auf die Aussagen von Feuerwehr und Gewerbeaufsichtsamt verlassen hat,“ so Schulze. Nun stelle sich heraus, dass nachlässig mit Informationen umgegangen worden sei und Aussagen einzelner Verantwortlicher für bare Münze genommen wurden, statt sie zu überprüfen.

„Wir hatten der Polizeiführung vorgeschlagen, am Einsatzort getragene Kleidung beproben zu lassen – der Plan der Polizei sieht dagegen vor, die von den eingesetzten Kräften getragenen Uniformen einer Spezialreinigung zuzuführen,“ so Schulze weiter. „Es hat jedoch nach dem Einsatz niemand dafür gesorgt, dass diese Kleidung von übriger Wäsche in den Haushalten getrennt, sicher verpackt und aufbewahrt wurde, und die Entscheidung dazu fiel drei Wochen nach dem Brand. Mittlerweile ist die Wäsche sicher mehrfach gewaschen und mit anderer Wäsche vermischt worden. Ich bezweifle, dass heute noch jemand nachvollziehen kann, welches Hemd oder welche Hose am Einsatzort getragen wurde.“ Ein vollständiger Austausch aller Uniformteile und Schutzwestenhüllen sei die einzige Lösung.

Schulze fordert die Beprobung und Überprüfung der am Brandort eingesetzten Polizeifahrzeuge: „Es ist doch ein Irrsinn, zu glauben, dass bei der Feuerwehr alles kontaminiert wurde, bei der Polizei aber nicht,“ sagt er. „Die Ergebnisse der Feuerwehr müssen zwingend dazu führen, dass auch bei der Polizei alles getan wird, um eine Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschließen. Die Ergebnisse der Beprobung bei der Feuerwehr legen nahe, dass auch Fahrzeuge der Polizei kontaminiert wurden – was auch bedeuten würde, dass deutlich mehr Kolleginnen und Kollegen mit Asbest in Kontakt gekommen sein können, als bisher angenommen. Dieses Risiko darf man nicht ignorieren.“

Letztlich müsse ohnehin überprüft werden, wie weit die Umwelt kontaminiert wurde, also wo und in welcher Konzentration Asbest niedergegangen sei. Dass dies Geld koste und „keinem Finanzpolitiker in den Kram“ passe, verstehe sich von selbst. Neben dem Schutz der Feuerwehr- und Polizeiangehörigen sei es jedoch nicht zuletzt der Schutz der Bevölkerung, dem die Politik verpflichtet sei. „Danach sollte sie auch handeln,“ so Schulze.